

Gesetzesinitiative bleibt auf der Agenda

Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) traf BdB-Vertreter

Wiesbaden, 12. Mai 2017 – Im Hessischen Landtag empfing Landesjustizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) Harald Kalteier und Eberhard Marten von der BdB-Landesgruppe Hessen sowie Geschäftsführer Dr. Harald Freter.

Die BdB-Vertreter wiesen noch einmal auf die aktuelle Gesetzesinitiative der Großen Koalition und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) für 15 Prozent mehr Vergütung für Berufsbetreuer/innen hin.

Die von CDU/CSU und SPD formulierte Gesetzesänderung steht zunächst auf der Tagesordnung des Bundestages am 18. Mai 2017. Danach bleibt bis zum 7. Juli Zeit für die Abstimmung im Bundesrat. Harald Kalteier bat die Ministerin dafür um Unterstützung. Die Große Koalition will die Vergütungserhöhung noch in der aktuellen Legislaturperiode unter Dach und Fach bringen. Doch ist dafür die Zustimmung der Länder nötig.

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel: 030 – 23 63 55 46 | mobil: 0163 – 575 1343 | Email: bm@niccc.de | Web: www.niccc.de

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes „Betreuung“. Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen. www.bdb-ev.de